Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 16 Uhr. Bezugspreis monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1.50 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Bestboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpf. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt

Nr. 150 — 98. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 1. Juli 1939

Blick in die Wirtschaft

England hat 30mal mehr Wald als das Großdeutsche Reich Polen eine „Seefahrernation"? — Autobahnbau imponiert

In der internationalen Aussprache wird zur Zeit besonders die Frage des Lebensraumes erörtert. Besonders das kleine englische Volk wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die gewaltige Größe seines Kolonialbesitzes in gar keinem Verhältnis zum Mutterlande steht. Trotzdem weigert sich England, den berechtigten Forderungen Deutschlands nach Rückgabe der geraubten deutschen Kolonien stattzugeben. Wie groß die Unterschiede sind, ergibt sich allein schon aus dem Beispiel Holz. England erstickt im Rohstoff, Deutschland fehlen jährlich 20 Millionen Kubikmeter Holz. Deutschland verfügt nur über ein Fünfunddreißigstel des englischen Waldbesitzes. Man kann also nicht immer auf englischer Seite behaupten, daß die deutschen Kolonien für das Großdeutsche Reich wertlos wären. Die Rückgewinnung unseres Tropenwaldes ist Voraussetzung für die Erhaltung unserer heimischen Waldbestände. Denn der Fehlbetrag von 20 Millionen Kubikmeter kann auf die Dauer aus dem deutschen Wald bei geregelter Wirtschaft nicht gewonnen werden, andererseits ist es äußerst schwierig, das fehlende Holz aus dem Auslande zu beziehen, weil es eine Devisenfrage ist und zweitens der Holzbezug aus dem Auslande immer mehr rohstoff-strategischen Erwägungen unterliegt. Der Besitz des eigenen Tropenwaldes wird deshalb für die eigene Volkswirtschaft immer notwendiger. Auf der anderen Seite ist England mit seinem rund 30mal größerem Waldbesitz als Deutschland überhaupt nicht in der Lage, diesen Riesenbesitz ökonomisch sinnvoll zu verwalten. Selbstverständlich helfen wir uns, soweit wir es können. Holz ist der zweitwichtigste Rohstoff überhaupt, über den die Menschheit heute verfügt. Nur von der Milch wird er übertroffen. Infolgedessen ist auf jeden Fall eine Steigerung der Leistung der Waldwirtschaft notwendig, ohne daß der deutsche Wald zerstört wird. Das kann bis zu einem gewissen Grade durch eine Mobilisierung des Bauernwaldes erreicht werden, und in einem Aufruf des Reichsbauernführers wird das deutsche Landvolk aufgefordert, noch größere Anstrengungen auf forstlichem Gebiet als bisher zu machen.

In Polen hat man das „Fest des Meeres" gefeiert. Dabei hat man fragwürdige Parolen wieder neu aufgewärmt. Es muß von vornherein gesagt werden, daß es in den letzten tausend Jahren der Geschichte ein polnisches Seefahrervolk nicht gegeben hat. Es ist daher ein Unsinn, wenn in jedem polnischen Dorf unter armseligen Bauern, die nie im Leben etwas von der See gesehen haben, von den „Heldenfahrten polnischer Seefahrer" gefaselt wird. Selbst Pilsudski hat einmal über die „Seekrankheit" eines polnischen Agitatoren gespottet. Pilsudski wußte sehr wohl, daß Polen stets ein Fremdling an der Ostsee gewesen ist, nie ein seefahrendes Volk war und es auch nie werden wird, daß es nie Heldentaten auf See begangen hat und wirtschaftlich ein Binnenland ist, das nur von autarkem Handel über Landgrenzen, vor allem nach Deutschland, einigermaßen leben kann. Weder hat es je eine polnische Kriegs- noch eine polnische Handelsflotte gegeben. Der Sieg von Oliva beispielsweise, über eine schwedische Kriegsflotte im Jahre 1617, war zum Teil Danziger Gemieteten Kauffahrteischiffen unter ihrem Admiral Dickmann zu danken. Erst seit 1926 wurde mit ausländischem Geld eine kleine polnische Flotte geschaffen, die aber neben den anderen Ostseestaaten überhaupt nicht ins Gewicht fällt. Die vier polnischen Reedereien können sich recht und schlecht über Wasser halten, und der polnische Staat muß mit gewaltigen finanziellen Zuschüssen helfen. Es gibt keinen polnischen Dampfer, der größer als 10 000 Bruttoregistertonnen ist. Sie alle sind auf ausländischen Werften gebaut, zum großen Teil alt angekauft. Wenn man das weiß, kann man nur darüber lächeln, wenn Polen davon spricht, daß es sich ein Recht auf „Seemacht" erworben hätte. Das Verhältnis der Handelsflotten von Polen zu Dänemark, Schweden und Norwegen beträgt 64 : 1145 : 1704 : 4066. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Der polnische Seeverkehr ist also eine Fiktion, für die der polnische Steuerzahler bluten muß, ohne Vorteile dafür einzuraufen. Er ist eines der Objekte für den erblichen polnischen Größenwahn.

Aber lassen wir den Polen ihre Kümmernisse und Sorgen. Sie haben ja selbst schuld daran. In Deutschland kennen wir nicht die krisenhaften Erscheinungen im Bankwesen und in der Wirtschaft, wie es in Polen und anderen Ländern der Fall ist. Unsere Wirtschaft befindet sich im gewaltigen Aufstieg, und wir wissen kaum, wie wir ihren Bedarf an Arbeitskräften decken sollen. Da liegt der Geschäftsbericht der „Reichsautobahnen" für das Jahr 1938 vor, der eine imponierende Leistung unserem Volke zur Kenntnis bringt. Das Netz der Reichsautobahnen ist nach der Schaffung des Großdeutschen Reiches in der Vorplanung so weit vergrößert, daß es eine Gesamtlänge von rund 14 000 Kilometer erreichen wird. Trotz mancher Schwierigkeiten sind weitere tausend Kilometer fertiggestellt und dem Verkehr übergeben worden. Bis Ende 1938 waren 3065 Kilometer Streckenlänge dem öffentlichen Verkehr übergeben. Die Gesamtausgaben sind auf 2076,9 Millionen Mark angewachsen.

Der Erwerb des SA.-Wehrabzeichens ist sittliche Pflicht des wehrfähigen Deutschen!

Menschenbetreuung u. Leistungssteigerung

Aufruf zum dritten Leistungskampf der Betriebe

Der Gesamtbeauftragte der DAF. für den Leistungskampf der deutschen Betriebe, Reichsamtsleiter Dr. Hupfauer, erläßt einen Appell zur Förderung und Erhaltung der Arbeitskraft und legt in diesem Aufruf die Aufgaben des dritten Leistungskampfes dar.

In dem Aufruf wird ausgegangen von der These, daß jeder soziale und wirtschaftliche Fortschritt nur das Ergebnis betrieblicher Leistung sein kann. Die wirtschaftliche Zielsetzung des Führers fordert Höchstleistungen auf lange Sicht. Der gegenwärtige Mangel an Arbeitskräften zeigt auch für die Zukunft, daß mit den heute im Arbeitsprozeß bereits eingesetzten Arbeitskräften diese gewaltigen Leistungen vollbracht werden müssen. Nun sind aber dem menschlichen Leistungsvermögen natürliche Grenzen gesetzt, denen im Interesse des Enderfolges Rechnung zu tragen ist. Das geschieht durch Einsatz des Schaffenden gemäß seiner persönlichen, geistigen und körperlichen Eignung und durch eine Betriebs- und Arbeitsgestaltung, die nicht abgestellt ist auf eine einmalige kurzfristige Höchstleistung, sondern auf eine hohe und dauernde Durchschnittsleistung und dadurch auf die größtmögliche Gesamtlebensleistung jedes Schaffenden.

Der Reichsorganisationsleiter und Leiter der Deutschen Arbeitsfront hat diesem leistungsfördernden, also sozialwirtschaftlichem Wollen der Deutschen Arbeitsfront Ausdruck verliehen in der Erklärung: „Die wirtschaftlichen und sozialen Großtaten, die diese Zeit von uns fordert, können nur dann erfüllt werden, wenn jeder Betrieb sich bemüht, mit der geringsten Zahl an Arbeitskräften, durch ihre beste Betreuung, durch intensivste Förderung all ihrer Fähigkeiten und durch zweckmäßigsten Einsatz der Arbeitskräfte zur größtmöglichen Leistung zu kommen."

Diese Erklärung ist Ausrichtung für die Betriebe des dritten Leistungskampfes. Aus der Fülle der Möglichkeiten einer richtigen Führung und gesunden Betreuung der Schaffenden und ihrer Arbeitskraft seitens der Betriebe seien einige der wichtigsten Aufgaben herausgegriffen und den deutschen Betriebsgemeinschaften als Aufgabe im dritten Leistungskampfjahr gestellt.

1. Weckt die Talente, entwickelt ihre besonderen Fähigkeiten, und bringt diese Fähigkeiten zum besten Einsatz!

Der Betrieb darf kein Mittel scheuen, wenn es gilt, einen befähigten Menschen beruflich weiterzuentwickeln. Größte Aufmerksamkeit ist auf den richtigen Einsatz der Arbeitskräfte zu richten.

2. Vermeidet jeden unnötigen Verschleiß der Kräfte und sorgt für eine dauernde Erneuerung der Arbeitsenergien.

Der Einsatz der Arbeitskraft soll Rücksicht nehmen auf die persönliche, geistige und körperliche Eignung des Schaffenden für den jeweiligen Arbeitsplatz. Betriebsarzt und Gesundheitstrupp sind die besten Helfer der Betriebsführung. Es müssen Wege gefunden werden, die oft noch weiten kräftezehrenden An- und Abmarschwege auf ein normales Zeitmaß zu verkürzen. Der Begriff „Schönheit der Arbeit" muß immer mehr verwirklicht werden. Notwendig ist es, daß die Betriebe durch ihre Werkskantinen bzw. durch die Bereitstellung von Aufwärmeeinrichtungen für eine gesunde Ernährung ihrer Gefolgschaft sorgen. Der Kräfteerneuerung dient in hervorragendem Maße der Betriebssport und ein wirklicher Erholungsurlaub, der im besonderen auch für den Kleinstverdiener sicherzustellen ist.

3. Denkt an Deutschlands Zukunft!

Der Führer verlangt von unserer Generation Leistungen von einmaliger Größe. Die Verantwortung um unseres Volkes Zukunft gebietet, Sorge dafür zu tragen, daß dieser allumfassende Arbeitseinsatz bei unseren Jugendlichen nicht zukunftsvernichtende Entwicklungsstörungen hervorruft und unsere Frauen nicht unfähig macht zur Lösung ihrer schönsten und wichtigsten Aufgabe als Mutter kommender Geschlechter. Die Jugendlichen und Frauen sind daher fernzuhalten von Schwerarbeit oder Arbeitsplätzen, die trotzdem ihrer seelischen und körperlichen Veranlagung widersprechen. Der Betrieb muß für gesunde und ausreichende Wohnungen seiner Gefolgschaft sorgen. Die Deutsche Arbeitsfront hat gemeinsam mit den Betrieben des Leistungskampfes eine Großaktion zum Arbeiterwohnungsbau mit Erfolg in Angriff genommen.

In dieser dreifachen Aufgabestellung kommt der Wille der Deutschen Arbeitsfront zum Ausdruck, das soziale Wirken der Betriebe des dritten Leistungskampfes auf eine Menschenbetreuung zu konzentrieren, die wirklich von Leistungssteigerndem Wert ist. Der Appell Dr. Hupfauers schließt mit der Forderung, daß der dritte Leistungskampf der deutschen Betriebe uns ein gutes Stück dem Ziele näher bringen muß, das uns der Führer gesteckt hat.

Nur 987000 Arbeitsgesuche

Aber 1,7 Millionen offene Stellen

Trotz aller Bemühungen um Erweiterung des Kreises der Schaffenden ist ein abermaliges Wachsen des Defizits an Kräften beim Arbeitseinsatz festzustellen. Dies ergibt sich aus dem vom Reichsarbeitsministerium erstatteten Bericht über die Inanspruchnahme und Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter im Mai 1939. Angesichts der umfangreichen und dringlichen Arbeitsvorhaben, die die deutsche Wirtschaft zur Zeit zu bewältigen hat, waren die Arbeitsämter einschl. Ostmark und Sudetenland im Berichtsmonat wieder stark in Anspruch genommen. Sie hatten insgesamt 987 000 Arbeitsgesuche und 1 744 000 offene Stellen zu bearbeiten. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen hat gegenüber dem Vormonat sogar noch eine weitere, wenn auch nicht mehr erhebliche Steigerung erfahren. Die Arbeitsgesuche dagegen haben um 184 000 abgenommen. Diese Abnahme ist vermutlich nicht bloß saisonmäßig zu erklären, sondern auch auf die gesetzlichen Beschränkungen des Arbeitsplatzwechsels zurückzuführen.

Im Laufe des Berichtsmonats konnten durch die Arbeitsämter 882 000 Arbeiter und Angestellte gegenüber 910 000 im Vormonat untergebracht werden. Zwar handelte es sich dabei zu einem nicht unerheblichen Teil auch um Umvermittlungen von Arbeitskräften in andere Arbeitsplätze. Immerhin gelang es den Arbeitsämtern, wie die noch immer steigenden Beschäftigungsziffern zeigen, auch im Berichtsmonat wieder der deutschen Wirtschaft noch zusätzliche Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Daß allerdings der Bedarf an Arbeitskräften noch bei weitem nicht befriedigt ist, beweist der Umstand, daß trotz der starken Vermittlungstätigkeit infolge neuer Bedarfsanmeldungen bei den Arbeitsämtern Ende Mai sogar noch etwas mehr unerledigte offene Stellen gemeldet waren als Ende des Vormonats, nämlich 752 000 gegenüber 747 000. Unerledigte offene Stellen waren Ende Mai im Altreich 637 000 gemeldet, das sind mehr als doppelt soviel wie im Mai 1938 und zehnmal soviel wie im Mai 1933. In der Ostmark konnten im Berichtsmonat 91 000, im Sudetenland 58 000 Arbeiter und Angestellte durch die Arbeitsämter untergebracht werden. In der Ostmark waren Ende Mai noch 69 000 Arbeitsgesuche und 90 000 offene Stellen vorhanden. Erstmals war in der Ostmark die Zahl der offenen Stellen höher als die der Arbeitsgesuche. Im Sudetenland waren Ende Mai noch 34 000 Arbeitsgesuche und 25 000 offene Stellen gemeldet.

Steuerliche Erleichterungen

Reichswirtschaftsminister Funk kündigt Entlastung der Wirtschaft an

In der Hauptversammlung der Anteilseigner der Deutschen Reichsbank machte Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Funk bedeutsame Ausführungen über die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Nach einem Hinweis darauf, daß die Reichsbank wieder eine der Souveränität des Staates bedingungslos unterstellte Deutsche Notenbank geworden sei, fuhr der Minister fort: Unter den vom Führer gestellten Aufgaben befindet sich auch der Auftrag, den Kapitalmarkt für den privaten Geldbedarf in erhöhtem Umfange zu erschließen und zur Verfügung zu stellen, denn durch die vollkommene Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch das Reich in den vergangenen Jahren sei seine Ausnutzungskraft für private Bedürfnisse in erheblichem Umfange geschmälert worden. Der Kapitalmarkt müsse also auf eine kräftigere und breitere Grundlage gestellt werden. Es werde darauf ankommen, die Wirkungen der Steuerpolitik auf den Kapitalmarkt richtig abzustimmen.

Minister Funk führte dabei aus, daß die künftige Entwicklung ausschlaggebend davon abhängen werde, wie die Steuerpolitik in der Zukunft gestaltet wird, denn der Kapitalmarkt könne nicht funktionieren, wenn nicht gewisse Erleichterungen und Entlastungen für die produktive Wirtschaft und den Kapitalverkehr auf steuerlichem Gebiete eintreten.

Stärkung des Kapitalmarktes

Aus diesem Grunde, sagte Minister Funk, habe er den Neuen Finanzplan begrüßt, weil hierin die ersten umfassenden Möglichkeiten für steuerliche Erleichterungen enthalten sind. Auf diesem Wege müsse weitergegangen werden. Wenn nun Unternehmungen mit Obligationen an die Börse kommen, d. h. an den Kapitalmarkt herantreten wollen, so ist es, betonte Minister Funk, unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Kapitalmarkt den Ansprüchen genügen kann und nicht überlastet wird und daß ein richtiges Verhältnis in der Rendite zwischen Aktien und Obligationen hergestellt wird. Die Börse sei auch heute noch für die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ein wertvolles Instrument, wenn sie auch nicht mehr das ist, was sie früher war. Wir hätten aber die Pflicht, die Börse zu einem gutfunktionierenden Instrument zu machen.

Förderung der Ausfuhr

Unter diesen geschilderten Umständen liege das tatsächliche Schwergewicht auf der Steuerpolitik; andererseits liege es auf der allgemeinen Wirtschaftspolitik, bei der wir nach wie vor darauf bedacht sein müssen, eine richtige Ordnung in den Ansprüchen der einzelnen Wirtschaftsgebiete durchzuhalten. Hierbei stehe in vorderster Linie der Export.

Die Reichsbank habe alles nur Erdenkliche getan, um den Export zu fördern, und wie sich auch aus den Ausweisen der Handelsbilanz ergebe, sei es gelungen, immer wieder Vorteile herauszuholen und den Export auf einem Stand zu halten, der durchaus nicht als ungünstig bezeichnet werden könne.

Es bestehen, schloß der Minister, auch für die weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft durchaus stärkere Aufwärtsmöglichkeiten unter der Voraussetzung, daß der Staat durch Reglementierung und Organisation der Wirtschaft die Führung und Lenkung in der Hand behält, was ja ohne weiteres der Fall sei.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF